

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebotes.



Anzeigenpreis: Die halbe Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreieckige Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 7 Sonntag, den 16. Januar 1926

Luther bemüht sich um die Kabinettsbildung

Die Besetzung am Rhein geht über das Locarno-Abkommen. — Die Kreditliste für die Landwirtschaft. — Kältewelle über Südeuropa. — Hochwassererschäden im Rheinland.

Luthers Bemühungen um die Kabinettsbildung.

4 Berlin. Die Verhandlungen Dr. Luthers mit den Parteiführern der für ein neutrales Kabinett der Mitte in Frage kommenden Parteien haben bisher noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Dr. Luther empfing nacheinander die Führer der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei und bat sie um ihre Stellungnahme zu dem neuen Kabinett. Eine wirklich eindeutige Antwort ist Dr. Luther von keiner Partei zuteil geworden.

Das Zentrum kam in seiner Fraktionsberatung zu keinem Beschluß über ihre Stellung zu einem Kabinett Luther. Es wurden vielmehr eine Reihe von Bedingungen aufgestellt, die dem Abgeordneten Gehrendach dem Reichskanzler überbrachte. Auch die Demokraten stellten für ihre Teilnahme an dem Kabinett programmatische Forderungen auf, unter denen vor allem eine klare Stellungnahme des neuen Kabinetts zur Fürstenaufhebung gefordert wird. Außerdem machen sie die Berücksichtigung der Richtlinien ihres Parteiführers Koch zur Bedingung ihrer Teilnahme. Die Wirtschaftspartei lehnte ihre Beteiligung an einem Kabinett Luther ab und begründete ihre Haltung mit dem scharfen Widerspruch ihrer Wählerkreise gegenüber dem Präsidialgesetz. Die Partei werde höchstens sich dem neuen Kabinett gegenüber neutral und abwartend verhalten. Trotz nochmaliger Verhandlung des Reichskanzlers mit der Wirtschaftspartei, in deren Verlauf Dr. Luther dem Abgeordneten Gehrendach das Reichsernährungsministerium angeboten hat, hat die Partei ihren Standpunkt nicht geändert. Ob die Deutsche Volkspartei ebenfalls an dem Eintritt in die Regierung irgendwelche Bedingungen knüpfen wird, wird das Ergebnis der Fraktionsberatung zeigen.

Bei den Verhandlungen wurden nicht nur politische und wirtschaftliche Fragen, sondern auch gleichzeitig die Personalfragen behandelt, da das Kabinett in seinem Bestande von der Besetzung der Ressorts abhängig ist, zumal es keine Mehrheit im Reichstage finden kann. Neue Namen sind bisher noch nicht genannt. Gemeint ist, daß der Zentrumsabgeordnete Dr. Marx das Justizministerium übernehmen wird, wogegen jedoch die Deutsche Volkspartei das Ministerium für sich in Anspruch nimmt und dafür das Wirtschaftsministerium dem Zentrum überlassen möchte.

Es wurde auch bereits darüber gesprochen, ob sich das Kabinett mit einer Billigungsformel im Reichstage begnügen könnte, da ja ein Vertrauensvotum der Mehrheit des Reichstages nicht zu erwarten ist. Sollte eine Billigungsformel eingebracht werden, so würden etwa 190 Abgeordnete der Mitte dafür, 60 Abgeordnete der Börsischen und Kommunisten dagegen stimmen. Unentschieden ist die Haltung der 110 Deutschnationalen und 130 Sozialdemokraten, die sich der Stimme enthalten müssen, wenn das Kabinett regierungsfähig werden soll. Die Haltung beider Parteien hängt sowohl von der programmatischen Erklärung des Kabinetts wie der persönlichen Zusammensetzung ab.

Kredithilfe für die Landwirtschaft.

Hypothetischer Zwischenkredit. — Zinssatz 7 Prozent.

4 Berlin. Die Deutsche Goldkreditbank hat der Rentenbankkreditanstalt eine Vereinbarung angeboten, welche dieser die Gewährung eines drei- bis fünfjährigen hypothetischen Zwischenkredits an die deutsche Landwirtschaft ermöglichen soll. Im Falle der Annahme dieses Angebotes wird die Rentenbankkreditanstalt Hypothekenschuldweine ausgeben und der Goldkreditbank überlassen, die durch landwirtschaftliche Hypotheken sichergestellt sind, welche innerhalb 8 1/2 Prozent des berechtigten Wehrbeitrageswertes liegen. Diese Hypotheken sollen mit einem Drittel nach drei Jahren, mit einem weiteren Drittel nach dem vierten Jahre und mit dem letzten Drittel nach dem fünften Jahre zurückgezahlt werden. Dementsprechend werden die Hypothekenschuldweine mit je einem Drittel des auszugebenden Betrages drei, vier oder fünf Jahre laufen. Der jährliche Zinssatz soll für

den Landwirt 7 Prozent betragen, wozu lediglich Zuschläge für die notwendigen laufenden Verwaltungskosten treten. Die Auszahlung erfolgt grundsätzlich zum vollen Kapitalbetrage abzüglich der unvermeidlichen einmaligen Ausgaben (Kosten für Anfertigung und Versteuerung der Schuldweine, Zinsen, Grundbuchgebühren usw.).

Es wird Vorgezogen getroffen werden, daß die Kredite nur solchen Wirtschaften zufließen, die die Gewähr einer rationalen intensiven Bewirtschaftung bieten.

Zur Rheinlandreise des Reichspräsidenten.

Hindenburg wünscht keine kostspieligen Feiern.

4 Berlin. Der Reichspräsident hat in einem Schreiben an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 8. Januar die Anregung gegeben, im Hinblick auf die Hochwassererschäden im Rheingebiet, die aus Anlaß der Befreiung der ersten Rheinlandzone geplanten Feiern so zu gestalten, daß besondere Kosten für Reich, Staat oder Gemeinden nicht entstehen.

Die hierdurch ersparten Summen möchten für die Hochwassererschädigten verwendet werden. Der Reichspräsident hat in diesem Schreiben nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß er für seine Person bei seinem beabsichtigten Besuch im Rheinland nur an solchen Festlichkeiten teilnehmen werde, die nicht mit besonderen Aufwendungen verknüpft sind.

Die Erweiterung der Erwerbslofenfürsorge.

Aus den Verhandlungen des Reichstagesausschusses für soziale Angelegenheiten.

4 Berlin. Der Reichstagesausschuß für soziale Angelegenheiten beschäftigte sich mit der Einbeziehung der nichterkrankten Arbeitslosenversicherungspflichtigen Angehörigen in die Erwerbslofenfürsorge. Es wurde festgestellt, daß der Ausschuß keine Einwendungen gegen die Regierungsvorlage hinsichtlich der Einbeziehungen erhebt. Der Ausschuß wird möglicherweise im Plenum Vorschläge einbringen.

Dann ging der Ausschuß auf die Beratung der Frage der Neuorganisation der Kurzarbeiterunterstützung ein. Die Mehrzahl der Vertreter setzte sich dafür ein, eine gesetzliche Regelung zu verlangen. Die kommende Reichsregierung könne dann in ihrer Regierungserklärung zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen.

Dr. Duisberg über die Wirtschaftslage.

Sollingen. Der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Sollingen, Geh. Rat Dr. Duisberg, gab in der Volkerversammlung der Kammer einen kurzen Rückblick über die wirtschaftliche Lage im vergangenen Jahre. Er betonte, daß das vergangene Jahr eines der schlechtesten gewesen ist; es ist zu befürchten, daß sich die Lage in den nächsten Monaten noch weiter verschlechtern wird. Es muß mit einem weiteren Steigen der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Auf die Hilfe des Staates darf man nicht rechnen. Die Wirtschaft muß sich selbst helfen.

Die wirtschaftliche Lage war Gegenstand einer regen Aussprache. Es wurde u. a. über den Plan berichtet, eine Ausfuhrkreditvereinbarung zu schaffen. Die Handelskammer vertrat den Standpunkt, daß eine solche Vereinbarung nicht geeignet ist, die Ausfuhr zu heben, daß sie vielmehr unermittelten Anreiz gibt, allzu reichliche Geschäfte abzuschließen.

Die Landwirtschaft gegen die Beiträge zur Erwerbslofenfürsorge.

4 Halle. Der Landbund der Provinz Sachsen hat an die Reichsminister sowie an alle einschlägigen Stellen im Reich und Staat eine Eingabe gerichtet, die gegen die dem Reichstag zugegangene neue Verordnung über die Erwerbslofenfürsorge protestiert, da sie erneute Verarmung in die zur Zeit bereits schwer ringende Landwirtschaft bringe.

Der beabsichtigte Zweck, die Landwirtschaft in jedem Falle Beiträge zur Erwerbslofenfürsorge zahlen zu lassen, würde dazu führen, daß erhebliche Teile der ländlichen Arbeiter im Winter entlassen werden müßten, während die Landwirtschaft bisher ihre Arbeiter auch zu Zeiten schlechter Konjunktur durchzieht.

Die Kältewelle über Südeuropa.

4 Die Kältewelle zieht weiterhin nach Süden, ohne daß in Deutschland bereits ein Nachlassen des Frostes bemerkbar ist. Auch die leichten Schneefälle haben ein Steigen in der Temperatur nicht mit sich gebracht. So melben fast alle deutschen Städte noch einen Frost von 10 bis 15 Grad, der durch den schneidenden Nordostwind besonders unangenehm ist.

Die Kältewelle hat sich jetzt auch über ganz Frankreich ausgebreitet, sogar an der französischen Riviera ist das Thermometer auf 6 Grad unter Null gefallen. Die Kälte ist dort von heftigen Schneefällen begleitet. So melbet Südfrankreich eine Schneehöhe von 30 Zentimeter. Infolge Schnees und Vereisung sind auf den Eisenbahnstrecken in Südfrankreich zahlreiche Verkehrsunfälle entstanden. Bei Grenoble entgleiste ein Güterzug, und bei Perpignan wurde ein Personenzug durch Schneeverwehungen am Weiterfahren verhindert. Sogar die Mittelmeerküste melbet Schneefälle und heftige Stürme. Ein Hospitalsschiff, das sich auf dem Wege von Marokko nach Südfrankreich befand und verwundete und Kranke an Bord führte, konnte sich vor dem Sturm nur durch schleuniges Einlaufen der spanischen Küste retten. Ein englischer Dampfer nahm den Funkspruch eines holländischen Dampfers auf, der sich infolge Bruchs des Steuerroders in Gefahr befand.

In Italien ist ein ungewöhnlicher Temperaturverlauf erfolgt. Die Thermometermessungen zeigen 6 bis 11 Grad Kälte an. Zahlreiche Personen sind erfroren. Infolge der heftigen Schneefälle erleidet der Verkehr erhebliche Verspätungen.

Schwere Grubenkatastrophen in Amerika und Japan.

Wäshu-ho-o. Aus Oklahoma in Nordamerika wird gemeldet, daß in einer Grube sich eine schwere Explosion ereignete, durch die 105 Bergleute verschüttet wurden. Die Explosion war so stark, daß aus etwa 200 Meter Tiefe das Grubenholz herausgeschleudert wurde. Bei der Rettungsarbeiten, die sofort aufgenommen wurden, bestand die Hoffnung, wenigstens einen Teil der Verschütteten zu retten, da man Sämen und Kopsen im Innern des Schuttkeffels sah. Die Hoffnung scheint sich jedoch nicht zu erfüllen, denn bisher wurden 65 Bergleute als Leichen geborgen. Acht Neger, die durch einen Seitengang gestürzt waren, konnten gerettet werden.

Megafaki. In einem japanischen Bergwerk bei Takamatsu entstand durch Entzündung der Grubengase eine Explosion, die einen Arbeiter tötete und mehrere schwer verwundete. Als eine Hilfsexpedition von 20 Grubenarbeitern und 10 Ingenieuren in die Grube drang, um den Brand zu löschen, erfolgten neue Explosionen durch die fast alle Rettungsmaßnahmen getötet wurden.

Abklärung!

Die amerikanische Marinebudget.

Paris. Nach Meldungen aus Washington beträgt das amerikanische Marinebudget für das kommende Finanzjahr 317 274 000 Dollar. Das sind 16 671 000 Dollar mehr als im vergangenen Jahre. Ein Betrag von 29 974 000 Dollar ist für die Entwicklung des amerikanischen Marineflottenwesens vorgesehen, darunter 11 812 000 Dollar für den Bau von Marineflugzeugmutter Schiffen.

Die Hochwassererschäden im Rheinland.

4 Köln. Nach den bisherigen Feststellungen nahmen infolge des Hochwassers 151 Familien mit 491 Personen die Hilfe des städtischen Wohlfahrtsamtes in Anspruch. Rund 6000 Häuser haben unter Wasser gestanden (gegen 2000 im Jahre 1924). Das Hochwasser hat eine Gesamtfläche von 1114 Hektar (gegen 908 Hektar), darunter 570 Hektar (gegen 460 Hektar) Ackerland überspült. Von dieser Gesamtfläche sind 120 (gegen 97) Hektar bebaut. Im ganzen wurden von dem diesmaligen Hochwasser 18 000 Familien mit 72 000 Personen betroffen (1924 genau die Hälfte). Durch das Hochwasser wurden vier Häuser sofort unbewohnbar. Der gesamte angerichtete Schaden läßt sich noch nicht feststellen.

Verhandlungen über einen polnisch-russischen Handelsvertrag. In den nächsten Tagen wird in Moskau eine polnische Handelsdelegation mit dem polnischen Handelsminister an der Spitze eintreffen, um Verhandlungen mit der Sowjetregierung wegen eines polnisch-russischen Handelsvertrages zu führen.

Polens Anspruch auf einen Sitz im Völkerbundrat. Der polnische Botschafter in Paris, Chlapowski, hat aus Anlaß der Einweihung des Verammlungsgebäudes der „Freunde Polens“ eine Rede gehalten, in der er im Namen der polnischen Regierung Anspruch auf einen Sitz im Völkerbundrat für Polen erhebt. Zu dem Völkerbundrat müßten diejenigen Völker ihren Zugang finden, die in der Verteilung der Zivilisation Zutun und Beharrlichkeit bewiesen hätten. Dieses Verdienst gebühre auch Polen. (?)

Strenge Zensur in Rumänien. Die bulgarische Regierung hat in einem Erlass alle Zensurmaßnahmen weitestgehend verschärft, so daß alle Zeitungen des Landes einer strengen Zensur unterworfen werden.